

## Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2870/2015**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 25.08.2015

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
 Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
 Verfasser/-in: Dr. Klaus Dieter Greilich, FDP-Fraktion

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung
Ausschuss für Soziales, Sport und Integration		Zur Kenntnisnahme

**Betreff:**  
**Bericht zur Situation Ausländerbehörde**  
**- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.08.2015 -**

### Antrag:

„Der Magistrat wird gebeten jeweils für die Jahre 2010 – 2014 zu berichten:

1. Wie hat sich in o. a. Zeitraum die Zahl der für Abschiebung zuständigen Referenten und der Dolmetscher in der Ausländerbehörde entwickelt?
2. Wie haben sich in dem o. a. Zeitraum die Zahl der Asylbewerber und wie der absolute und prozentuale Anteil der abgelehnten Asylbewerber entwickelt?
3. Wie hat sich in o. a. Zeitraum der absolute und prozentuale Anteil der tatsächlichen Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber entwickelt?
4. Wie viele Volljuristen haben in o. a. Zeitraum in der Ausländerbehörde gearbeitet und wie hat sich die Zahl von beschlagnahmten PC und Handys von sogenannten No – Name – Asylbewerbern entwickelt?
5. Wie hoch war in o. a. Zeitraum der Krankenstand in der Ausländerbehörde in Relation zum Krankenstand in der gesamten Stadtverwaltung?“

### Begründung:

Die zunehmende Zahl von Asylbewerbern aus den Krisengebieten der Welt bringt Deutschland und die EU zunehmend an die Grenzen der Belastbarkeit.

Um Ressourcen für diese auf unsere Unterstützung und Hilfe dringend angewiesenen Flüchtlinge zu erhalten und absehbar notwendigerweise auszubauen, ist es nicht nur dringend erforderlich nicht nur zur Bearbeitung der zunehmenden Zahl der Asylanträge neue Sachbearbeiter einzustellen.

Vielmehr macht es die hohe Anzahl von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern mit einer Ablehnungsquote bis zu 99 % erforderlich, die bisherige Abschiebequote in diesem Bereich von ca. 15% deutlich zu steigern, um den Asylanten aus Ländern mit hoher Anerkennungsquote besser gerecht werden zu können.

Gleichwohl zeigt die hohe Zahl von Asylanträgen aus sicheren Herkunftsstaaten, dass wir ein Einwanderungsgesetz zur Steuerung einer klugen, legale Arbeitsaufenthalte ermöglichenden Einwanderungspolitik brauchen. Dies würde das augenblicklich teilweise missbrauchte Asylsystem nachhaltig entlasten.

Die Antworten auf die in o. a. Berichtsantrag gestellten Fragen sollen helfen, die beschriebene Problematik in Gießen zu verdeutlichen und entsprechende Konsequenzen daraus zu ziehen.

Die Frage nach den Volljuristen in der Ausländerbehörde ergibt sich aus der Tatsache, dass es bundesgesetzlich zur Zeit so geregelt ist, dass nur Volljuristen die PC und Handys von sogenannten No - Name - Asylbewerbern auswerten dürfen.

Dr. Klaus Dieter Greilich